

////////////////////
#STIMMENFÜREUROPA



EUROPA BRAUCHT UNS – WIR BRAUCHEN EUROPA

Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und AfD mit den Forderungen des Deutschen Frauenrats für die Europawahlen 2019

Synopse



Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Informationen zur Thema Geschlechtergerechtigkeit	Seite 3
2.	EU stärken, Rechte und Spalterei abwehren	Seite 4
3.	Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	Seite 6
3.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 8
4.	Proaktive Gleichstellungspolitik	Seite 10
4.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 11
5.	Politik der sozialen Gerechtigkeit	Seite 15
5.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 16
6.	Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt	Seite 19
6.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 19
7.	Gute und geschlechtergerechte Bildung	Seite 23
7.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 24
8.	Geschlechtergerechte Gesundheitsprävention und -versorgung	Seite 27
8.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 28
9.	Politik der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit	Seite 33
9.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 34
10.	Konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen	Seite 36
10.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 37
11.	Leben in Frieden, Sicherheit und Würde für alle	Seite 40
11.1.	Forderungen im Einzelnen	Seite 40
12.	Quellenangaben	Seite 47

							
1. Allgemeine Informationen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit							
Thema: Erster Listenplatz	Mann	Frau	Frau	Frau	Frau	Frau	Mann
Thema: Geschlechterquote (Frauen: Männer) der Wahlliste (auf den aus- sichtsreichen Plätzen) in %	33:66	50:50	30:70	50:50	50:50	50:50	20:80
Thema: Organisation der Listen	Eine Frau pro drei Listenplätze	Reißverschluss- system		Reißverschluss- system	Reißverschluss- system	Reißverschluss- system	Erste Frau auf Platz 8 der Liste.
Thema: Geschlechtergerechte Sprache	Männliche Form	Nennung beider Geschlechter	Teilweise Nennung beider Geschlechter	Gendersternchen	Gendersternchen	Gendersternchen	Männliche Form
Thema: EU-Kommission		Paritätische Besetzung (S. 35f)				Paritätische Besetzung (S. 88)	



2. EU stärken, Rechte und Spalterei abwehren

Thema:
EU stärken, Rechte und Spalterei abwehren

„Wir kämpfen gegen diejenigen, die Europa bedrohen. Auf der linken Seite des politischen Lagers streben die Kräfte nach Umverteilung und Verboten. Sie wollen ein anderes Europa! Auf der anderen Seite des Spektrums formieren sich die Kräfte des rechten Populismus und ein zerstörerischer Nationalismus, der Europa und damit das größte Friedens- und Wohlstandsprojekt, das unser Kontinent je kannte, bedroht. (...) Wir kämpfen für unser Europa, das den Bürgern dient, uns stark

„Populisten, Rechte und neue Nationalisten stellen sich frontal gegen den europäischen Einigungsgedanken, wollen Europa schwächen und damit das Rad der Geschichte zurückschrauben. Das versuchen auch Feinde des europäischen Zusammenhalts außerhalb Europas für sich zu nutzen. Wichtiger als je zuvor sind darum heute Klarheit in der Überzeugung, Mut im politischen Handeln und die Bereitschaft, Europas Zusammenhalt und Einheit zu verteidigen und zu

„Dort, wo Freiheits- und Bürgerrechte entgegen der EU-Grundrechtecharta systematisch eingeschränkt oder die Werte der Europäischen Union (EU) schwerwiegend gefährdet werden, müssen der EU wirksame Sanktionsmechanismen zur Verfügung stehen. Zu den gemeinsamen Werten gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte.“ (S. 49)
„Die großen Aufgaben unserer Zeit müssen europäisch gelöst werden, um das Vertrauen der Menschen in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und

„Wir überlassen Europa nicht den Rechten und nicht den Neoliberalen. (...) Erfolg im Kampf gegen rechts kann es nur geben, wenn wir die Grundlagen ändern, von denen die extreme Rechte zehrt: die unsoziale Politik von Wettbewerbsfähigkeit, Schuldenbremse, Privatisierung und die Aushöhlung der Demokratie, die die Bundesregierung vorangetrieben hat.“ (S. 9)

„Wir wollen alles tun, was an uns liegt, um für eine progressive und proeuropäische Mehrheit im EU-Parlament zu sorgen – eine Mehrheit gegen den konservativen Status quo und gegen die Nationalisten, eine Mehrheit, die Europas Versprechen erneuert, eine Mehrheit für eine Kommissionspräsident*in, die dafür einsteht.“ (S. 12)

„Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen, halten wir einen Austritt Deutschlands oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig und werden die Entscheidung über den DEXIT bei den Bürgern einholen, so wie es nach unserem Modell der direkten Demokratie

	macht und zusammenhält." (S. 22)	stärken. Sprachlosigkeit angesichts der Herausforderungen und die Visionlosigkeit einer reinen Sparpolitik sind keine Antworten auf die Zukunftsfragen Europas." (S. 6)	Recht zu gewinnen." (S. 45)			selbstverständlich ist." (S. 12)
--	----------------------------------	---	-----------------------------	--	--	----------------------------------



3. Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Thema:
Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

„Wir sind stolz auf die europäischen Grundpfeiler Demokratie, Menschenrechte, Solidarität, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. (...) Um unsere europaweite Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten zu garantieren, sollen diese für jedes Mitgliedsland künftig von einem unabhängigen Expertenrat regelmäßig überprüft werden. Bei schwerwiegenden, nachgewiesenen Verletzungen wird der betroffene Staat vor den europäischen Gerichtshof ge-

„Weniger Geld für Mitgliedstaaten, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien missachten. Europa muss seine Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besser schützen.“ (S. 26)





„(...) Umso entschlossener muss Europa Freiheit, Menschenrechte und Demokratie verteidigen.“ (S. 56)

„Für ein Europa, in dem Demokratie nicht dem Markt untergeordnet wird, sondern die Menschen gemeinsam entscheiden, wie sie leben und was sie herstellen wollen.“ (S. 6)

„Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Die Werte der Europäischen Union bilden das Fundament der EU.“ (S. 80)
(...) Wenn autoritäre Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen

„Im Geiste von Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie wollen wir dieses Europa für uns und unsere Nachkommen dauerhaft erhalten. Wir werden Europa gegen einen Islam verteidigen, der auf der Basis von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht vereinbar ist(...)“
„Staatliches Recht muss in der säkularen Ordnung Europas über religiösen Geboten und Traditionen stehen. Eine Kritik am Islam muss vom

	bracht. Im Falle einer Verurteilung muss es Sanktionen geben. (S. 19)				die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können.“ (S. 79)	Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sein.“ (S. 51)
--	---	--	--	--	---	--

						
3.1. Forderungen im Einzelnen						
<p>Verteidigung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen in allen Bereichen</p>	<p>„Dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen wollen wir besondere Aufmerksamkeit widmen.“ (S. 19)</p>	<p>„Mädchen und Frauen müssen selbst über ihren Lebensweg [bestimmen] können – frei von Gewalt, Sexismus und Diskriminierung.“ (S. 33)</p>	<p>„Sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit.“ (S. 50) „Die Einschränkung der selbstbestimmten Entfaltung von Frauen durch antiquierte Geschlechterbilder und überholte Rollenzuweisungen hingegen müssen konkret in allen Lebensbereichen hinterfragt, reflektiert und diskutiert werden.“ (S. 48)</p>	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmtes Leben möglich.“ (S. 51)</p>	<p>„Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihre Sexualität.“ (S. 99)</p>	

						
<p>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, antifeministische, rassistische, antisemitische, islamfeindliche und homophobe Einstellungen und völkisch-nationale Ideologien mit einer konsequenten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik müssen rechtskräftig verfolgt werden.</p>	<p>„Wir gründen einen europäischen Pakt gegen Antisemitismus. Wir werden die Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA) zum Antisemitismus annehmen und wollen, dass diese auch von den Mitgliedsstaaten übernommen wird“. (S. 21)</p> <p>„Wir Europäer stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Wir sind stolz auf die europäischen Grundpfeiler Demokratie, Menschenrechte, Solidarität, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.“ (S. 18)</p> <p>„Es (Europa) tritt für den Dreiklang des Westens ein: freiheitliche Demokratie, Soziale Marktwirtschaft und eine offene Gesellschaft.“ (S. 17)</p>	<p>„Völlig egal mit welcher sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität: Jeder Mensch hat das universelle Recht auf Respekt, Anerkennung und ein Leben frei von Diskriminierung und Gewalt. Die Gleichbehandlungsrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen und queeren Menschen (LSBTIQ) werden wir weiter stärken. (...) Verabschiedung der europäischen Richtlinie von 2008, die Diskriminierung auch in den Bereichen Sozialschutz, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbietet (5. Antidiskriminierungs-Richtlinie). (S. 36)</p>	<p>„Die Europäische Union (EU) darf es nicht zulassen, wenn Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Rechte von Minderheiten in ihrem Kern beschneiden oder aushöhlen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie müssen auf allen Ebenen entschlossen bekämpft werden.“ (S. 47)</p> <p>„Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist.“ (S. 47)</p>	<p>„Wir wollen ein Europa der Solidarität, mit offenen Grenzen nach innen und nach außen, mit Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, ein Europa, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können – unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung.“ (S. 7)</p>	<p>„Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. (...) Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen gegen ihre Gleichberechtigung entgegen.“ (S. 101ff)</p> <p>„Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen wir stärker gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen und die Gleichheit vor dem Gesetz sicherstellen.“ (S. 101ff)</p>	<p>„Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Diese Ideologie entwertet die für den Bestand der Gesellschaft unverzichtbare Familie und verunsichert Kinder in ihrer sexuellen Identität.“ (S. 74)</p>



4. Proaktive Gleichstellungspolitik

Thema:
Proaktive Gleichstellungspolitik

„(...) eine konsequente Gleichstellungspolitik gehört zu unserem europäischen Selbstverständnis.“ (S. 19)





„Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass es keine Rolle rückwärts gibt und es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärts geht. Hierfür muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden.“ (S. 33)








„Wir wollen, dass Frauenrechte europaweit gefördert und durchgesetzt werden. Um die Ausgangslage auch in Zukunft zu dokumentieren und die Entwicklungen besser überwachen zu können, soll neben der Fortführung auch die thematische Erweiterung des jährlichen Berichts der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beschlossen werden.“ (S. 47)








„Unser Feminismus ist international, antirassistisch und antisexistisch. Wir kämpfen für die Rechte von Frauen und LGBTTIQ*, unabhängig von Alter, Klasse, Religion oder Herkunft.“ (S. 51)








„Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche gestalten können.“ (S. 98)

„Wir befürworten die Gleichberechtigung und lehnen daher eine einseitige, geschlechterspezifische Förderung ab.“ (S. 74)








						
4.1. Forderungen im Einzelnen						
Widerstandsfähige verbindliche Gleichstellungsstrategie für 2019 bis 2024 mit Indikatoren und einem institutionalisierten Monitoring		„Daher fordern wir eine Fortsetzung der 2015 ausgelauenen Gleichstellungsstrategie.“ (S. 33)			<i>keine Nennung der Gleichstellungsstrategie; aber etlicher Indikatoren und anderer expliziter Richtlinien zur Gleichstellung (S. 99f)</i>	
Konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming-Prinzips in der europäischen Politik, um Gleichbehandlungen von Frauen und Männern grundsätzlich in allen Bereichen zu gewährleisten		„Dazu gehören (...) auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen.“ (S. 33)			„In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent umsetzen.“ (S. 100f)	„Gender Mainstreaming abschaffen“ (S. 73)

						
<p>Deutliches Bekenntnis zum Prinzip Gender Equality im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027</p>					<p>„Damit das sichergestellt wird, braucht es einen „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting.“ (S. 101)</p>	<p>„Wir fordern auf europäischer Ebene eine Streichung der bisher für Genderforschung vorgesehenen Forschungsmittel.“ (S. 66)</p>
<p>Verabschiedung der sogenannten Vereinbarkeitsrichtlinie („Work-Life Balance Directive“) und der sogenannten Führungspositionenrichtlinie („Women on Boards Directive“)</p>	<p>„Wir wollen insbesondere dazu beitragen, dass Männer und Frauen Familien und Beruf besser vereinbaren können.“ (S. 3)</p>	<p>„Konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ (S.34) „Beschluss einer EU-weiten Quote für Frauen in Aufsichtsräten. Die hierzu 2012 vorgelegte Richtlinie muss vom Europäischen Rat endlich verabschiedet werden.“ (S. 35)</p>			<p>„Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien unterstützen. Für uns (...) ist sie ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.“ (S. 99)</p>	<p>„Die EU ist nicht für Familienpolitik und Familien zuständig und darf daher nicht in Familien hineinregieren, ihren Lebensentwurf beeinflussen oder gar konkret durch Quoten steuern.“ (S.66) „Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden“. (S. 74)</p>








						
<p>Einsetzung einer EU-Kommissarin für Frauenrechte und Gleichberechtigung</p>						
<p>Geschlechtergerechter EU-Haushalt (Gender Budgeting),</p>		<p>„Dazu gehören (...) auch die konsequente Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen.“ (S. 33)</p>			<p>„Für eine geschlechtergerechte Verteilung der Finanzmittel soll in Zukunft Gender Budgeting eingesetzt werden.“ (S. 52)</p>	<p>„Das sogenannte Gender-Budgeting als fiskalisches Instrument zur Durchsetzung des Gender-Mainstreaming in den Haushalten der EU und der Mitgliedsstaaten lehnen wir ab, weil sich öffentliche Ausgaben nicht den Geschlechtern zuordnen lassen.“ (S. 74)</p>
<p>Bekanntnis zu CEDAW, der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau</p>						








						
<p>Die Einführung von Parität in Parlamenten und verbindliche Geschlechterquoten für Führungs- und Entscheidungspositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft.</p>		<p>„Die paritätische Besetzung der Europäischen Kommission – gleiche Anzahl von Kommissarinnen und Kommissaren. Keine der Spitzenpositionen der EU darf davon ausgenommen sein: Frauen und Männer müssen in allen europäischen Institutionen, in allen Hierarchiestufen, gleichermaßen vertreten sein.“ (S. 6)</p> <p>„Um auch in der Wissenschaft eine paritätische Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und Männern zu erreichen, werden wir neue EU-weite Förderprogramme schaffen, die insbesondere Frauen im MINT-Bereich unterstützen sollen.“ (S. 36)</p>			<p>„Wir fordern die Hälfte der Macht für Frauen - dies gilt auch für die großen europäischen Firmen. Deshalb treten wir für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil (...) solange erhöht, bis die Parität erreicht ist.“ (S. 99).</p> <p>„Wir wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend paritätisch besetzt werden.“ (S. 99)</p>	








5. Politik der sozialen Gerechtigkeit						
<p>Thema: Politik der sozialen Gerechtigkeit</p>	<p>„Arbeitnehmer sollen überall in der Europäischen Union zu fairen Bedingungen arbeiten können. Deshalb gehen wir auch gegen europäisches Lohndumping vor. (...) Die Freizügigkeit in Europa darf aber auch nicht zum Missbrauch der Sozialsysteme einzelner Mitgliedstaaten führen. Zuwanderung aus anderen EU-Staaten, die darauf gerichtet ist, die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, treten wir auf allen politischen Ebenen entgegen.“ (S. 4)</p>	<p>„Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Grundrechte wird mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt und mit Leben erfüllt. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss sichergestellt werden. Im Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 sollen die nötigen finanziellen Mittel vorgesehen werden, um eine europäische Sozialpolitik für die Bürgerinnen und Bürger auch erfahrbar zu machen.“ (S. 10)</p>	<p>„Wir unterstützen einige wichtige Forderungen in Erklärung zur europäischen Säule sozialer Rechte. Dazu gehören das Recht auf Bildung, das Recht auf Unterstützung bei der Rückkehr in Beschäftigung, der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung, die Betonung der Tarifautonomie und die Achtung der nationalen wirtschaftlichen Bedingungen bei der Festlegung von Mindestlöhnen.“ (S. 28)</p> <p>„Wir (...) stehen für stabile und nachhaltig finanzierte Sozialsysteme. Eine Vereinheitlichung der sehr unterschiedlichen nationalen Altersvorsorgesysteme innerhalb der Europäischen Union (EU) ist weder sinnvoll noch umsetzbar.“ (S. 28)</p>	<p>„(...) steht für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität.“ (S. 6)</p> <p>„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmtes Leben möglich.“ (S. 51)</p> <p>„Wir wollen, dass in der EU ein Solidarfonds eingerichtet wird, aus dem im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosensysteme eines Krisenlandes gestützt werden.“ (S. 19)</p>	<p>„Alle Menschen in der EU haben garantierte eintragbare soziale Rechte, sie müssen sich überall auf faire Löhne und Arbeitsbedingungen, auf einen Schutz vor Armut und Ausbeutung verlassen können.“ (S.71)</p> <p>„Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den ArbeitnehmerInnenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes.“ (S. 71)</p>	<p>„Die sozialen Sicherungssysteme der verschiedenen EU-Länder sind höchstens unterschiedlich geregelt. Gleiches gilt für die Arbeitsmärkte. Die sich daraus ergebene Vielfalt wollen wir im Sinne des Wettbewerbs der Systeme innerhalb der EU erhalten. Erfolgreiche Länder sind Vorbild für die anderen.“ (S. 56)</p>

						
5.1. Forderungen im Einzelnen:						
Eigenständige Existenzsicherung für alle		„Wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch gut leben können.“ (S. 19)		„Wir treten für eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung ein“ (S.16) “Lohndumping durch Leiharbeit, Werkverträge und Auslagerungen stoppen!“ (S. 16) „Befristete Beschäftigung ohne Sachgrund abschaffen.“ (S. 17)	„Um Lohndumping in der EU ... zu verhindern, setzen wir uns daher für eine Mindestlohnrichtlinie ein.“ (S. 75)	„Die AfD ist der Überzeugung, dass es in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Arbeitslose und Geringverdiener geben muss (...). Dies ist jedoch nur realisierbar, wenn der Kreis der zu Unterstützenden in angemessenem Verhältnis zu den Ressourcen steht.“ (S. 55)
Recht auf eine „gute“, menschenwürdige und gesundheits-erhaltende Arbeit				„Wir kämpfen für Löhne, die für ein gutes Leben reichen.“ (S. 15)	„Alle Menschen sollen von ihrer Arbeit gut leben können.“ (S. 75)	

						
<p>Aufwertung und geschlechtergerechte Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit</p>		<p>„Unser Ziel bleibt der echte Mentalitätswechsel damit auch Pflege-, Haus-, und Betreuungsarbeit künftig partnerschaftlich und gerechter aufgeteilt werden.“ (S. 34)</p>		<p>„Alle Beschäftigten erhalten das Recht auf mindestens 22 Stunden pro Woche in ihrem Arbeitsvertrag. Das ermöglicht Frauen und Männern, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen und Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeiten zu gleichen Teilen zu schultern.“ (S. 17)</p>	<p>„Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa Familien unterstützen. Für uns (...) ist sie ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.“ (S. 99)</p>	
<p>Garantierter Zugang zu allen Bereichen der Daseinsfürsorge</p>		<p>„Funktionierende Sozialsysteme, die bei Jobverlust und Krankheit Sicherheit garantieren.“ (S. 18)</p>		<p>„Einheitlich muss sein: das Recht auf ein Leben frei von Armut. Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein. Dafür braucht es einen Rettungsschirm für die Beschäftigten (...): Wenn in Krisen die Erwerbslosigkeit stark ansteigt, muss die soziale Absicherung für Betroffene europaweit garantiert werden. (S. 19)</p>	<p>„Wir schützen die Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung“ (<i>eigenes Kapitel Daseinsvorsorge S. 179</i>)</p>	







						
<p>Chancengleichheit aller bei tiefgreifenden transformativen Prozessen wie der Digitalisierung</p>		<p>„Arbeitnehmerfreundliche Gestaltung der Digitalisierung der Arbeit.“ (S. 22) „Keine digitalen Tagelöhnerinnen und Tagelöhner, die nur auf Abruf arbeiten können.“ (S. 22) „EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Online-Plattformen.“ „Gleiche arbeits- und sozialrechtliche Regeln für alle durch – egal ob online oder offline!“ (S. 23)</p>		<p>„Digitalisierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegensetzt. (...) Die Definition von »Arbeitnehmer*in« und »Betrieb« muss in Zeiten des digitalen Kapitalismus angepasst und europaweit einheitlich gefasst werden.“ (S. 17)</p>	<p>„Wir wollen den digitalen Wandel demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir wollen die Chancen ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, um die Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit zu verbessern.“ (S. 156)</p>	

						
6. Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt						
Thema: Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt						
6.1. Forderungen im Einzelnen						
Entgeltgleichheit nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“		<p>„Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit muss auch zwischen den Geschlechtern gelten.“ (S. 34)</p> <p>„Schließen der Lohn- und Rentenlücke durch Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.“ (S. 34)</p> <p>„Überall in Europa wird Frauen und Männern der gleiche Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gezahlt.“ (S. 20)</p>		<p>„Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Überall in Europa muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ (S. 51)</p>	<p>„(...) fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die Frauen nicht mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen.“ (S. 99)</p>	

						
<p>Neudefinition des „Normalarbeitsverhältnisses“ durch eine Reduzierung der gesetzlichen Normalarbeitszeit</p>				<p>„Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. (...) Mit dem neuen Normalarbeitsverhältnis können die Beschäftigten die Arbeitszeit selbstbestimmter gestalten, mit Arbeitszeiten zwischen 22 und 35 Stunden pro Woche. Alle Beschäftigten erhalten das Recht auf mindestens 22 Stunden pro Woche in ihrem Arbeitsvertrag.“ (S. 17)</p>		

						
<p>Wahlmöglichkeiten für Arbeitszeiten, die sich dem Lebensverlauf wie den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen und auch unterhalb des derzeitigen Vollzeitniveaus ein existenzsicherndes Einkommen sowie berufliche Weiterentwicklungen und Karrierechancen gewährleisten</p>		<p>„Männern und Frauen muss es möglich sein, flexible Arbeitszeiten zu beantragen, um auf Änderungen in ihrer Lebenssituation zu reagieren.“ (S. 35) „Kein Vollzeit-Lohn in der Europäischen Union darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen.“ (S. 10)</p>		<p>„Ab fünf Prozent Erwerbslosenquote werden Mitgliedstaaten verpflichtet, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und Schritte für Arbeitszeitverkürzung einzuleiten.“ „(...) bezahlte gesellschaftliche und unbezahlte Reproduktionsarbeit gerechter verteilen, Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich durchsetzen. Das soll zu mehr Zeitsouveränität für alle führen.“ (S. 18)</p>	<p>Vgl. Vereinbarkeitsrichtlinie S. 99</p>	

<p>Gezielte Maßnahmen zur Überwindung der geschlechtsspezifischen Segregation des Arbeitsmarkts</p>		<p>„Mehr Frauen in Führungspositionen. EU-weite Quote für Frauen in Aufsichtsräten“ (S. 34) Gleichstellung in der Wissenschaft. (...) um auch in der Wissenschaft eine paritätische Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und Männern zu erreichen.“ (S. 35)</p>		<p>„Wir streiten für eine Aufwertung von Berufen etwa in der Pflege, Erziehung und im Einzelhandel, in denen vor allem Frauen arbeiten und die häufig schlecht bezahlt werden.“ (S. 51)</p>		
<p>Steigerung der Erwerbsbeteiligung auch im Arbeitsumfang von Frauen um mindestens 25 Prozent bis zum Jahr 2025</p>						
<p>Gesetzliche, existenzsichernde Rente für alle</p>				<p>„Die EU-Staaten müssen mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut geschützt sind. Sie muss oberhalb der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes liegen.“ (S. 20)</p>		

						
7. Gute und geschlechtergerechte Bildung						
<p>Thema: Gute und geschlechtergerechte Bildung</p>	<p>„Die praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen sind für uns vorrangig.“ (S. 6)</p>	<p>„Zugang zu lebenslanger guter Bildung.“ (S. 11)</p>	<p>„Europa soll ein Kontinent der besten Bildungschancen sein, gerade für junge Menschen. Denn sie ermöglichen sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben. (...). Wir wollen den Menschen in Europa durch Bildung von vornherein Chancen eröffnen, statt im Nachhinein umzuteilen.“ (S. 10)</p>	<p>„Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. (...). Die Gleichstellung der Geschlechter in Europas Wissenschaftseinrichtungen wollen wir durch klare Förderkriterien und geschlechtergerechte Arbeitsbedingungen voranbringen.“ (S. 55)</p>	<p>„Wir wollen, dass in der gesamten Europäischen Union der freie Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung garantiert wird.“ (S. 172)</p>	



7.1. Forderungen im Einzelnen

Geschlechtergerechte Bildungschancen für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch im dritten und vierten Lebensabschnitt

„Um die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden zu fördern, werden wir die Mittel für das neue Programm Erasmus+ deutlich erhöhen.“ (S. 6)
 „Wegen der rasanten Zunahme von neuem Wissen wird es immer wichtiger, dass unser Europa auch das lebensbegleitende Lernen, die Weiterbildung und die berufliche Fortbildung fördert. Das europäische Bildungsangebot soll daher auch den älteren Menschen offenstehen.“ (S. 6)

„Für einen besseren Austausch zwischen jungen Menschen müssen das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps (...) bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden.“ (S. 27)
 „Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen Lebenswegs werden.“ (S. 22)








„Die größten Chancen – gerade auch für junge Menschen – entstehen durch Bildung, Forschung und Innovationen. (...) Wer die Chancen in Europa nutzen können soll, muss Europa kennenlernen können. Und das so früh wie möglich. Wir wollen deshalb, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger Bildungsangebote in jedem EU-Land ihrer Wahl wahrnehmen können. (...) Deswegen fordern wir die Einführung einer neuen Grundfreiheit – der Bildungsfreizügigkeit! Ob im Schüleraustausch in Frankreich, der Berufsausbildung in Schweden, im Studium in Polen oder im Freiwilligendienst in Malta – Europa soll schon früh mit all seinen Facetten, Kulturen und Eigenheiten erfahrbar sein. Wer andere Länder so erlebt, beginnt sie zu lieben – und Europa wächst zusammen. (S. 2)








„Gute Bildung ist ein Menschenrecht – für alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen und ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft.“ (S. 54)
 „Die EU hat in den vergangenen Jahren die »Beschäftigungsfähigkeit« der Absolvent*innen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik gestellt. Mit »lebenslangem Lernen« wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die Beschäftigten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen Arbeitsmarkt anpassen sollen. Damit muss Schluss sein.“ (S. 54)








„Dazu möchten wir das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.“ (S. 173)
 „Dafür wollen wir einen EU-Bildungsfonds einrichten für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell von formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind. Daraus sollen Stipendien finanziert werden, um Schulausbildungen nachzuholen oder Berufsausbildungen zu finanzieren.“ (S. 171/172),
 „Wir wollen ein Recht auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern.“ (S. 156)

„Bildungspolitik – Politik für Schule, Berufsausbildung und Hochschule – muss daher in nationaler Kompetenz verbleiben.“ (S. 71)
 „Den Einfluss von internationalen Organisationen, Konzernen und Lobbygruppen auf unser Bildungswesen lehnen wir entschieden ab.“ (S. 71)







<p>Die Förderung des Zugangs von Frauen zu Zukunftsberufen und Qualifikationsfeldern, insbesondere im MINT-Bereich</p>		<p>„Um auch in der Wissenschaft eine paritätische Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und Männern zu erreichen, werden wir neue EU-weite Förderprogramme schaffen, die insbesondere Frauen im MINT-Bereich unterstützen sollen.“ (S. 35)</p>				
--	--	--	--	--	--	--








						
Die Anerkennung informell und nicht-formal erworbener Qualifikationen gemäß des Europäischen Qualifikationsrahmens	„Die praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen sind für uns vorrangig.“ (S. 6)	„Wir wollen, dass Bildungsabschlüsse und weitere nachweisbare Qualifikationen in allen Mitgliedsstaaten selbstverständlich und unbürokratisch gegenseitig formal anerkannt werden. (...) Deshalb ist unser Ziel eine standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen.“ (S. 29f)		„Es braucht eine bessere Anerkennung der Qualifikationen und Abschlüsse von Nicht-EU-Bürger*innen, damit diese ihre Berufe weiter ausüben können.“ (S. 41)	„Die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen innerhalb Europas muss weiter verbessert werden. Gleiches gilt auch für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.“ (S. 77)	„(...) fordert ausschließlich nationale Zuständigkeiten in der Bildungspolitik. Ebenso muss die Entscheidung über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse den Nationalstaaten vorbehalten bleiben.“ (S. 71)
Eine geschlechtergerechte Sprachförderung für alle MigrantInnen und Geflüchteten.				„Geflüchteten wollen wir (...) flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten.“ (S. 41)	„Wir wollen die Integrationsangebote, zum Beispiel Sprachkurse, die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden, auch für Arbeitnehmer*innen aus der EU und deren Angehörige öffnen.“ (S. 75)	

						
8. Geschlechtergerechte Gesundheitsprävention und -versorgung						
Thema Geschlechtergerechte Gesundheitsprävention und -versorgung		<p>„Jede Frau hat ein Anrecht auf gesundheitliche Versorgung, medizinische Information.“ (S. 33)</p>		<p>„Alle Frauen müssen Anspruch auf die notwendige ambulante und stationäre medizinische Versorgung bei Krankheit und Schwangerschaft sowie auf die jeweilig notwendigen Vor- und Nachsorgemaßnahmen haben. Dafür wollen wir verbindliche Mindeststandards und stärkere Förderung unabhängiger Frauengesundheitseinrichtungen und -initiativen durch die EU.“ (S. 51)</p>		

						
8.1. Forderungen im Einzelnen						
<p>Einen gesicherten Zugang zu allen Leistungen der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme für alle StaatsbürgerInnen, EinwanderInnen, Geflüchteten sowie für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität,</p>				<p>„Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf universelle Gesundheitsversorgung und Zugang zu gut ausgestatteten, barrierefreien und gemeindenahen Gesundheitsleistungen hat, auch in ländlichen Regionen. Das betrifft nicht nur den Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern. Wir wollen auch die Kommunikation den besonderen Bedürfnissen z. B. von Menschen mit Behinderungen, Senior*innen oder Menschen mit Sprach- und Lernschwierigkeiten anpassen: Leichte Sprache und verständliche Patientinformationen müssen selbstverständlich werden. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und muss gegen Markt, Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt werden.“ (S. 21)</p>	<p>„Es braucht einen Mindestversorgungsstandard in allen Ländern. (...) Der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren.“ (S. 72)</p>	<p>„Verpflichtende Untersuchungen in Europa für Migranten, um die einheimische Bevölkerung vor Infektionskrankheiten und Epidemien zu schützen“ (S. 59)</p>

<p>Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gesundheit</p> <p>Ein Recht für alle auf Versorgung in der Schwangerschaft, während der Geburt und im Wochenbett durch Hebammen</p>		<p>„Jede Frau hat ein Anrecht auf gesundheitliche Vorsorge, medizinische Information und sexuelle Aufklärung, auf Zugang zu Verhütung und auf eine gute, zeitgemäße medizinische Versorgung rund um Schwangerschaft und Geburt. Keine Frau darf gezwungen werden, gegen ihren Willen ein Kind auszutragen.“ (S. 33)</p>		<p>„Der Kampf um reproduktive Rechte muss in ganz Europa geführt werden. (...) Wir fordern die Abschaffung aller Einschränkungen des Abtreibungsrechts aus den Strafgesetzbüchern der EU-Mitgliedsländer. Wir unterstützen und stärken Bündnisse für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung, Initiativen von Medizinstudierenden und Ärzt*innen, Pro-Choice, die sich für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen.“ (S. 51f)</p>	<p>„Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.“ (S. 100)</p>	<p>„Abtreibung ist kein Menschenrecht wie das Lebensrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit! Die AfD lehnt daher jede EU-Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die, oft in Entwicklungsländern, Abtreibungen forciert werden.“ (S. 67)</p>

						
Ein Recht für alle auf Versorgung in der Schwangerschaft, während der Geburt und im Wochenbett durch Hebammen				„Alle Frauen müssen Anspruch auf die notwendige ambulante und stationäre medizinische Versorgung bei Krankheit und Schwangerschaft sowie auf die jeweilig notwendigen Vor- und Nachsorge- maß- nahmen haben.“ (S. 51)		
Eine Abkehr von der Medikalisierung weiblicher Lebensprozesse und der Technisierung von Schwangerschaft und Geburt						„Jede Form von Leihmutter- schaft verletzt die Menschenwürde, denn Leih- mutterschaft stellt eine Aus- beutung des weiblichen Körpers und seiner reproduktiven Organe dar.“ (S. 68)

						
<p>Die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens. Seiner Privatisierung und Ökonomisierung muss Einhalt geboten werden.</p>		<p>„Die Bereitstellung öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (...) kann nicht dem Markt überlassen werden.“ (S. 41)</p>		<p>Wir kämpfen (...) dagegen, dass öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen privatisiert oder zusammengekürzt werden. Wir wollen das Öffentliche stärken: Der Markt versagt, wenn es darum geht, (...) Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. (S.21)</p>	<p>„Die Mitgliedstaaten sind natürlich angehalten, höhere Standards zu behalten oder neu zu schaffen. Das Gleiche gilt für die nationalen Gesundheitssysteme. Auch hier braucht es einen Mindestversorgungsstandard in allen Ländern, (...) der Ausschluss von Bevölkerungsgruppen vom Zugang zum Gesundheitswesen ist deshalb zu sanktionieren. Wir streiten dafür, dass nationale Gesundheitssysteme als Teil der sozialen Daseinsvorsorge nicht durch die Hintertür über das europäische Wettbewerbsrecht ausgehöhlt werden.“ (S. 72)</p>	<p>„Obwohl der Lissabon-Vertrag für den Bereich des nationalen Gesundheitswesens ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip betont, wird dieses jedoch durch eine Priorisierung des europäischen Wettbewerbsrechts und der laufenden Rechtsprechung des EuGH konterkariert.“ (S. 58)</p>

<p>Eine unabhängige Arz- neiforschung und -zu- lassung, die die Wir- kungsunterschiede von Medikamenten bei Frauen und Män- nern berücksichtigt.</p>					<p>„Medizinische Stu- dien müssen die Ge- sundheit schützen, geschlechtsspezi- fische Unterschie- de berücksichtigen und transparent sein. Wir streben mehr unab- hängige Forschung zu Versorgung und Produkten sowie strengere Regelun- gen für den Patien- tenschutz und gegen die einseitige Einflussnahme der Pharma- und Medi- zinprodukteindustrie an.“ (S. 72f)</p>	
<p>Etablierung eines ge- schlechtergerechten Gesundheitswesens</p>						



9. Politik der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit

**Thema
Politik der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit**


“Unser Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern.” (S. 5)








“Wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben zu bewältigen: (...) durch eine Politik, die aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen den Klima- und Umweltschutz konsequent verstärkt.” (S. 6)

“(…) strebt eine Gesellschaft an, in der die Erde nicht übermäßig von den Menschen genutzt wird. Die Lebensweise der Menschen muss sich deshalb radikal ändern. Unser Ziel ist, dass im Jahr 2050 der »ökologische Fußabdruck« aller Menschen und Gesellschaften neutral sein soll. Dafür ist eine sozial-ökologische Wende Voraussetzung, die den CO2-Verbrauch entsprechend reduziert.” (S. 32)








„Unser Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt geht und sich an den Planetaren Grenzen orientiert. Dazu müssen unter anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu wirtschaften und zu leben transparent gemacht und in die Preise integriert werden.“ (S. 29)








“Eine weitere, grundsätzliche Fehlentwicklung ist in der Klima- und Energiepolitik auszumachen, die sich allein auf die Hypothese des menschengemachten Klimawandels stützt und in alle Bereiche der Gesellschaft wirkt. Wir wollen diese Politik beenden, denn sie verknappt ohne jede Not den Zugang aller Menschen zu billiger Energie, die Voraussetzung jeden Wohlstands ist. Nur wenige haben durch die Zwangs-Umverteilungen in Milliardenhöhe einen Nutzen.” (S. 8, S.79)








						
9.1. Forderungen im Einzelnen						
Bekanntnis zu den Zielen der Agenda 2030 für Nachhaltigkeit	„Wir wollen die globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa umsetzen.“ (S. 5) „Wir investieren in eine nachhaltige Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030.“ (S. 18)	<i>Nein, aber sehr konkretes Nachhaltigkeitskapitel: Pariser Klimaabkommen, Energieeffizienz, Atomausstieg, Müll, Plastik (S. 50ff)</i>	„Wir bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen.“ (S. 35)	„Nachhaltigkeit braucht Verbindlichkeit! Wir wollen mehr als schöne Absichtsbekundungen: Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich auf die verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der »Agenda 2030« der UN verpflichten.“ (S. 43)	„Gemäß den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs) steht Europa in der Verantwortung, eine gerechte Weltordnung voranzutreiben und mögliche Widersprüche in der eigenen Politik im Interesse globaler Gerechtigkeit aufzulösen.“ (S. 10)	

						
<p>Schutz der Daseinsfürsorge vor profitorientierter Privatisierung. Öffentliche Versorgungsstrukturen dürfen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben.</p>		<p>„Die öffentliche Daseinsvorsorge sichern und fördern wir. Jeder und jede muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlichen nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum.“ (S. 12)</p>		<p>„Wir lehnen Privatisierungen öffentlicher Güter und Dienstleistungen ab und wollen sie auch mit Volksabstimmungen rückgängig machen. Wir wollen das Öffentliche stärken.“ (S. 7)</p>	<p>„Eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. (...) Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden. Kommunen dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden. (...) Die Selbstbestimmung der Regionen und Kommunen muss auch in Zukunft fester Bestandteil eines geeinten Europas sein.“ (S.179/180)</p>	
<p>Transformation der Produktions- und Konsummuster durch Stärkung regionaler Kreisläufe</p>	<p>„Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. Hierfür stehen beispielhaft funktionierende Wertstoffkreisläufe.“ (S. 5)</p>	<p>„Die Regionalförderung und Beteiligungen sollte zudem ein wichtiger Bestandteil einer neu zu konzipierenden EU-Industriepolitik sein.“ (S. 16)</p>		<p>„Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und die Bevölkerung vor Ort stärker in Entscheidungen einbeziehen.“ (S. 7)</p>	<p>„Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken. (...) wir setzen auf klar definierte regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte, auf praxisgerechte Kleinerzeugerregelungen sowie, wenn möglich, auf Toleranz- und Bagatellgrenzen für kleine Betriebe“ (S. 30)</p>	

						
<p>Bewusste Gestaltung der öffentlichen Haushalte, die hinwirken auf eine ökologische, soziale und geschlechtergerechte Nachhaltigkeit</p>						
<p>10. Konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen</p>						
<p>Thema Konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen</p>		<p>„Wir wollen mehr Schutz von Mädchen und Frauen. Deswegen brauchen wir in Europa eine gesellschaftliche Debatte über Geschlechterrollen und ihre Auswirkungen. Damit verbunden benötigen wir mehr Präventionsmaßnahmen und die konsequente Verfolgung aller Formen von Gewalt gegen Frauen sowie geschlechterbezogener Gewalt.“ (S. 37)</p>				

						
10.1. Forderungen im Einzelnen						
Vorbehaltlose Implementierung der Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt		„Die Istanbul Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in allem Mitgliedstaaten ratifiziert und konsequent angewendet werden.“ (S. 38)			„Nachdem auch die EU die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird.“ (S. 99/100)	
Einführung einer EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Verabschiedung einer verbindlichen Strategie und die vollständige Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie aus dem Jahr 2012		„Eine verbindliche Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen wird eingeführt.“ (S. 38)			„Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt, damit Frauen und Mädchen – unter anderem auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben – besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können.“ (S. 100)	

						
<p>Konsequente Bekämpfung von Schlepperbanden und von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen und der Arbeitsausbeutung</p>		<p>„Wir wollen, dass Europa konsequenter gegen Schlepperbanden, Menschenhändler und Zwangsprostitution vorgeht. Es ist höchste Zeit für ein stärkeres europäisches Vorgehen für einen besseren Schutz von Frauen und Mädchen und die Eindämmung von Menschenhandel.“ (S. 38)</p>		<p>„(...) will Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen. Solange die Betroffenen keinen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus erhalten, sind die Täter durch die Angst der Opfer geschützt. Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung müssen unabhängig von der Bereitschaft der Opfer, als Zeug*innen in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden. Für die Betroffenen fordern wir Therapiemittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangebote.“ (S. 52)</p>	<p>„Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von Arbeitskraft muss in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mithilfe des Strafrechts, durch Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und Sozialrechte der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und ein dauerhaftes Bleiberecht.“ (S. 100)</p>	

						
<p>Zugang zu Hilfeinrichtungen für alle Schutzsuchenden</p>		<p>„Wir machen uns für eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern in ganz Europa stark und vereinbaren Standards, die sie erfüllen müssen.“ (S. 38)</p>				
<p>Bedarfsgerechtes, flächendeckendes und finanziell abgesichertes Hilfesystem</p>					<p>„Die EU sollte bestehende Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert sind.“ (S. 100)</p>	
<p>Unterstützung des ILO-Prozesses für einen verbindlichen Arbeits- und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“</p>		<p>„Der Prozess der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für einen verbindlichen Arbeits- und Sozialstandard „Gewalt gegen Frauen und Männer am Arbeitsplatz“ wird unterstützt.“ (S. 38)</p>				



11. Leben in Frieden, Sicherheit und Würde für alle

11.1. Forderungen im Einzelnen:

Starkes Bekenntnis zu einer gemeinsamen menschenrechtsbasierten und geschlechtergerechten EU-Außenpolitik

„Europa steht weltweit einzigartig für eine wer-tegeleitete Außenpoli-tik und für multilate-rale Lösun-gen.“
(S. 17)

„Unsere EU-Außen-politik basiert auf der Einhaltung der Men-schenrechte mit ei-nem besonderen Au-genmerk auf Frauen-rechte und die Gleichstellung der Geschlechter.“
(S. 61)

„Wir wollen, dass die Europäische Union (EU) nach außen geschlosse-ner auftritt. Daher setzen wir uns da-für ein, dass die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspoli-tik gestärkt wird.“
(S. 57)

„Wir wollen eine friedli-che Außen-, Entwick-lungs-, und Menschen-rechtspolitik, die auf Solidarität, Kooperation und Entspannung setzt und eine starke parla-mentarischen Kontrolle.“
(S. 10)

„Wir treten für eine gemein-same europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für Menschenrechte stark macht und Frieden sichert.“ (S. 122)
„Mit einer explizit feministi-schen EU-Außenpolitik wollen wir deshalb geschlechtsspezifi-sche Analysen und gleichbe-rechtigte Teilhabe von Frauen und Minderheiten-gruppen auf allen Verhand-lungs- und Umsetzungsebenen fördern.“ (S. 121)








„Die aktuelle Praxis der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, auf See auf-gegriffene Menschen mit Migrationsziel Europa in die EU wei-ter zu transportieren und damit Hilfs-dienste für Schleuser zu verrichten, ist absurd und verkehrt den Zweck einer Agentur für Grenz-schutz in sein Gegen-teil.“ (S. 39)

<p>Konsequente Umsetzung der UNSCR 1325 (und folgende) zur Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen und Schutz von Frauen in Kriegs- und Krisenfällen auf nationaler und EU-Ebene</p>		<p>„Frauen werden konsequent an Friedensprozessen beteiligt und in Kriegs- und Krisenfällen auf nationaler und europäischer Ebene geschützt. Wie von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 beschlossen, müssen Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konflikt-schlichtung und den Wiederaufbau mit einbezogen werden.“ (S. 38)</p>		<p>„Traumatisierte, geschundene, ver-gewaltigte Frauen aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und aus Schwellenländern (...) müssen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen und betreut werden.“ (S. 51)</p>	<p>„Wir wollen den UN-Sicherheitsratsbeschluss 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und seine Folgeresolutionen mit Leben füllen, die Genderperspektive in sämtlichen außenpolitischen Bereichen und EU-Friedensoperationen verankern und dieses Gesamtvorhaben langfristig finanziell unterfüttern. Ziel ist die Gleichbehandlung und -beteiligung von Frauen und Minderheiten in der zivilen Krisenprävention, in Friedensverhandlungen und Friedensmissionen, in der Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau nach Konflikten sowohl auf polizeilicher und militärischer Ebene. Dafür soll die Beraterin des Auswärtigen Dienstes der EU für Gender ein eigenes Budget erhalten und an das Europaparlament berichten.“ (S. 124)</p>	

						
<p>Gerechter Verteilungsmechanismus für Geflüchtete, der die Situation in den Aufnahmeländern ebenso wie die möglichen Lebensverhältnisse in diesen Ländern für Geflüchtete berücksichtigt</p>	<p>„Dabei ist die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreiselandes beizubehalten und eine solidarische Lastenverteilung sicherzustellen. Um eine Weiterreise innerhalb Europas zu verhindern, muss das europäische Asylrecht gemeinsame Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen vorsehen. Das betrifft unter anderem Verfahren, Unterbringung und Versorgung.“ (S. 14)</p>	<p>„Das Wahre des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb wollen wir das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden.“ (S. 67)</p>	<p>„Die Verteilung von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europa-weiten Verteilungsschlüssel, außer in Fällen, in denen erkennbar keine Bleibeperspektive besteht.“ (S. 54) „Soweit Mitgliedstaaten aus wichtigem Grund nicht zur Aufnahme in der Lage sind, werden die Flüchtlinge auf andere Mitgliedstaaten mit der Maßgabe aufgeteilt, dass der nicht-aufnehmende Staat die Kosten der Aufnahme übernimmt. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte es einzelnen Mitgliedstaaten im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten allerdings möglich sein, dass Kontingent der ihnen zugewiesenen Flüchtlinge zu reduzieren, etwa bei einem verstärkten Engagement bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen oder einer besonderen finanziellen Unterstützung anderer Mitgliedstaaten bei deren Flüchtlings- und Asylpolitik.“ (S. 54)</p>	<p>„Für eine faire Verteilung von Geflüchteten in der EU wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten sollten entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen. Die Mitgliedsstaaten, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen, sollen entsprechend große Ausgleichsummen erhalten.“ (S. 41)</p>	<p>„Eine Reform dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die Minister*innen der Mitgliedsstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich den Weg freimachen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle EU-Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen können, müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und abgestimmten Systems anerkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen möchten, fordern wir Direkthilfen der EU.“ (S. 95)</p>	<p>„Verbindliche „Flüchtlings“-Aufnahmequoten für EU-Mitgliedsstaaten dürfen nicht eingeführt werden, denn auch sie bedeuten einen schweren Eingriff in die nationale Souveränität.“ (S. 38) „Eine Aufnahme einer begrenzten Zahl von Menschen aus humanitären Gründen in Deutschland kann künftig allein auf freiwilliger Basis erfolgen, wobei über Anzahl und Auswahlkriterien der Deutsche Bundestag entscheiden sollte.“ (S. 38)</p>

						
<p>Humanes und so- lidarisches euro- päisches Asyls- tem</p>	<p>„Asyl: Unser Europa bringt Ordnung und Humanität zusammen mit einheitlichen Standards. Unser Europa bekennt sich zu seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Zugleich wollen wir, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Nur dann können wir wirklich Schutzbedürftigen helfen. Dort wo wir europäische Lösungen gefunden haben, zeigt sich, dass die Maßnahmen wirken. Außerdem wollen wir Fehlanreize beseitigen, Asylbewerberleistungen europaweit angleichen und auf ein Minimum beschränken. Wir setzen auf europäische Transitzentren.</p>	<p>„Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Wir wollen, dass sich alle Mitgliedsstaaten Europas ihrer humanitären Verantwortung stellen und flüchtenden Menschen in Not Schutz und Zuflucht bieten.“ (S. 67) „Der Anreiz für freiwillige Rückkehr soll mit finanziellen Hilfen für den Neustart im Herkunftsland erhöht werden. Wir halten daran fest, dass Abschiebungen in Länder nicht erfolgen, in denen für die Menschen die unmittelbare Gefahr besteht, Opfer eines Krieges oder eines bewaffneten Konfliktes zu werden.“ (S. 68) „Auch um das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden, brauchen wir einheitliche und einfache Regelungen für legale Zuwanderung nach Europa,</p>	<p>„Beim Einwanderungs- und Asylrecht muss auf rechtsstaatliche Prinzipien und vor allem auf faire Lösungen gesetzt werden.“ (S. 3) „Wir (...) wollen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem ‚aus einem Guss‘. Die bisherigen Regelungen (insbesondere die Dublin III Verordnung) haben sich in der Praxis nicht als echte Lösung erwiesen: Wir brauchen stattdessen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem.“ (S. 53/54)</p>	<p>„Flucht ist kein Verbrechen! Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden.“ (S. 40) „Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen! Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden. Auch das Dublin-System muss ein Ende haben. Alle Schutzsuchenden sollen sich selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen.“ (S. 40) „Abschiebungen stoppen! Ausweisungen und Abschiebungen aus der</p>	<p>„Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das Grundrecht auf Asyl und den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit, Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen, zusammenbringt. Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen, Schutz gewährt, anstatt sich mithilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa, das Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, dass das Sterben im Mittelmeer beendet.</p>	<p>„Asyl ist ein Gastrecht auf Zeit! Das noch aus dem 20. Jahrhundert stammende heutige Asylsystem, einschließlich der Genfer Flüchtlingskonvention, war für einen eng begrenzten Personenkreis konzipiert und zu keiner Zeit als Steuerungsinstrument für Masseneinwanderung gedacht.“ (S. 38)</p>

	Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Nicht einreiseberechtigte Personen sowie Personen ohne Asylgrund und ohne Flüchtlingsstatus müssen von dort zurückgeführt werden. (S. 14)	die sich nicht ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientiert." (S. 68)		EU, insbesondere in Krieg, Armut und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab." (S. 40)	Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar." (S. 90)	
Recht auf Schutz und Asyl		„In allen Mitgliedsstaaten muss in Asylverfahren gelten: Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerber und Asylbewerberinnen anerkannt werden." (S. 35)		„Asylrecht wiederherstellen und durchsetzen! Wir wollen in der EU einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau; die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden." (S. 40)	„Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte stehen wir für die Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige. Sie zu erhalten und gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben. Zu einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik müssen alle EU-Staaten beitragen." (S. 90)	

						
<p>Wirksame Verhinderung von Fluchtursachen durch politische und ökonomische Maßnahmen</p>	<p>„Eine der Hauptaufgaben der vernetzten Außenpolitik in Zeiten zunehmender globaler Migration ist auch die Bekämpfung von Fluchtursachen. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort Perspektiven für ihr Leben erhalten.“ (S. 18)</p>	<p>„Europa muss Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Wir wollen legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, als Grundlage einer geordneten Zuwanderung.“ (S. 67) „Mit fairer Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen. Immer mehr Menschen sind zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen, weil sie sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können.“ (S.69)</p>	<p>„Die Europäische Union (EU) muss daher im Rahmen Ihrer Außenpolitik- und Entwicklungszusammenarbeit darauf hinwirken, dass nachhaltige Entwicklung stattfinden kann und Fluchtursachen erst gar nicht entstehen.“ (S. 53) „Durch eine abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit können wir Perspektiven für Menschen in wenig entwickelten Ländern schaffen und Fluchtursachen effektiv bekämpfen.“ (S. 63)</p>	<p>„Fluchtursachen endlich tatsächlich bekämpfen; die Entwicklungszusammenarbeit verbessern und an den Bedürfnissen der Menschen in den Ländern ausrichten.“ (S. 40) „Reiche und Superreiche müssen über eine europäische Fluchtursachensteuer an den globalen Kosten der Krisen beteiligt werden. Es braucht ein gerechtes internationales Steuersystem, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung von Steueroasen, um transnationale Konzerne stärker an der Entwicklung der Länder zu beteiligen, von deren Ausbeutung und Ressourcen sie massiv profitieren.“ (S. 43)</p>	<p>„Deshalb ist die beste Flüchtlingspolitik für uns diejenige, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Wir in Europa wollen dazu mehr beitragen, auch wenn viele Ursachen der Flucht nicht in unseren Händen liegen. (...) Doch es gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie haben mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.“ (S. 97)</p>	<p>„Die millionenfache Aufnahme junger, durchsetzungsfähiger Menschen aus der „Dritten Welt“ in Deutschland und Europa beraubt die Herkunftsstaaten jener Leistungsträger, welche sie gerade zum Aufbau ihrer eigenen Länder dringend benötigen. Dies erzeugt und unterhält einen Teufelskreis noch größerer Verelendung; daher ist Massenzuwanderung selbst eine Fluchtursache, die bekämpft werden muss.“ (S. 40)</p>

						
<p>Beendigung von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete</p>	<p>„Wir wollen mit Hilfe der Europäischen Rüstungsagentur und dem Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und Rüstungsbeschaffung fördern. Zudem wollen wir die Zahl der unterschiedlichen Waffensysteme reduzieren und die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten und neuer Technologien vorantreiben. Unser Europa vermeidet so unnötige Ausgaben, erlangt bessere Verteidigungsfähigkeit und entwickelt Schritt für Schritt eine gemeinsame Sicherheitskultur sowie gemeinsame europäische Rüstungsexportrichtlinien.“ (S. 17/18)</p>	<p>„Dafür führen wir auch eine gemeinsame restriktive Kontrolle von Rüstungsexporten ein, die durch ein parlamentarisches Kontrollgremium mit überwacht wird und Verstöße hart sanktioniert. Wir wollen keine Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen. Wir brauchen eine europäische Regelung für Rüstungsexporte, die eindeutig und verbindlich ist sowie restriktive Grenzen setzt.“ (S. 64)</p>	<p>„Wir wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. (...) Wir wollen, dass die EU auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme spricht. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln ein.“ (S. 63)</p>	<p>„Stopp aller Rüstungsexporte! Exporte von Waffen, Rüstung und Waffenteilen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen sofort ausgesetzt werden. EU-Mitgliedstaaten, die die EU-Vorschriften für Waffenexporte nicht einhalten, müssen mit Sanktionen bestraft werden.“ (S. 12)</p>	<p>„Außerdem gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr europäischer Überwachungstechnologie an Diktaturen.“ (S. 97)</p>	<p>„Weiterhin sind Waffenexporte in Krisenregionen und insbesondere an Willkürregime umgehend zu beenden.“ (S. 20) „Im Rahmen künftiger Rüstungsk Kooperationen bestehen wir auf den Schutz deutscher Interessen. Deutsche Schlüsseltechnologien dürfen nicht an Drittstaaten veräußert werden.“ (S. 20)</p>



12. Quellenangaben

<p>Quelle Europa zusammenhalten. Solidarität, Gleichberechtigung Menschenrechte stärken. Wahlforderungen des DF für die Europawahlen 2019 https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2018/11/Wahlforderungen-Europa-2019-final.pdf</p>	<p>Quelle Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. CDU/CSU https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=18290</p>	<p>Quelle: Kommt zusammen und macht Europa stark! SPD-Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019 https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf</p>	<p>Quelle: Europas Chancen nutzen – Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019 https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/02/26/2019-01-27-bpt-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten-zur-europawahl-2019.pdf</p>	<p>Quelle: Europa nur solidarisch. Europawahl 2019. Wahlprogramm der Linken https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE_Druckversion_.pdf</p>	<p>Quelle: Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019. Bündnis 90/Die Grünen https://cms.gruene.de/uploads/documents/2019_Europawahl-Programm.pdf</p>	<p>Quelle: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019 https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf</p>
---	--	---	--	---	---	---